

# DISKURS

## Das Wissenschaftsnetz

Presseaussendung

Wien, 31.3.2020

### **Arbeitslosigkeit führt zu Armut**

**Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen durch die Coronavirus-Krise wurde zuletzt mehrfach eine Anhebung des Arbeitslosengeldes gefordert. In der Diskussion kommt zu kurz, dass Arbeitslosigkeit schon bisher mit einem hohen Armutsrisiko verbunden war. Die WU-Professorin Karin Heitzmann geht auf diesen Zusammenhang ein und zeigt auf, dass die Unterstützung durch das AMS für viele Erwerbslose zu niedrig ist.**

„Die verfügbaren Zahlen zeigen eindeutig, dass Arbeitslosigkeit in Österreich mit einer höheren Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung einhergeht“, betont Heitzmann. So betrug 2018 die Armutsgefährdungsquote für alle Personen im Erwerbsalter (20–64 Jahre) 13%. Für Arbeitslose in diesem Alter ist die Gefährdung aber deutlich höher. Schon bei einer kurzen Phase der Arbeitslosigkeit (1–5 Monate) ist etwa jede/r vierte Arbeitslose (23%) von Armutsgefährdung betroffen. Dauert die Arbeitslosigkeit zwischen 6 und 11 Monate erhöht sich die Gefährdung weiter: bereits jede/r dritte Arbeitslose ist jetzt auch armutsgefährdet (33%). „Und ab einem Jahr Arbeitslosigkeit bezieht jede/r zweite (52%) nur mehr ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle“, so Heitzmann.

Niedrige Einkommen bedeuten geringere Konsummöglichkeiten und damit auch ein höheres Risiko depriviert zu sein, also z.B. die Wohnung nicht angemessen heizen zu können, nicht auf Urlaub fahren zu können oder mit der Miete im Rückstand zu sein. Während diese mangelnde Versorgung im Schnitt nur 3% aller Personen im Erwerbsalter betrifft, ist bei den Langzeitarbeitslosen (mind. 1 Jahr) bereits knapp ein Viertel (23%) depriviert.

Warum ist Arbeitslosigkeit mit Armutsgefährdung verbunden? Heitzmann erklärt dazu: „Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, also das Arbeitslosengeld und nach dessen Auslaufen die Notstandshilfe, sind Versicherungsleistungen. Ihre Höhe hängt auch von der Dauer und Höhe der Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung ab. Deshalb liegen sie zum Teil deutlich unter der statistisch berechneten Armutsgefährdungsschwelle.“ So betrug 2018 der durchschnittliche Tagsatz beim Arbeitslosengeld ca. 32 Euro, bei der Notstandshilfe waren es dann im Schnitt nur mehr 26 Euro. Das sind etwa 790 Euro im Monat. Arbeitslose Frauen beziehen ein deutlich niedrigeres Arbeitslosengeld (29 Euro im Durchschnitt gegenüber 34,65 Euro bei Männern) bzw. eine niedrigere Notstandshilfe (24 Euro gegenüber 27,5 Euro bei Männern). „Das ergibt sich aus ihren oft

unterbrochenen Erwerbszeiten, aber auch aus dem in Österreich relativ hohen *gender pay gap*, also der niedrigeren Bezahlung von Frauen“, führt Heitzmann aus.

„Für viele Arbeitslose sind Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe zu niedrig“, betont die WU-Professorin. Das ist daran zu erkennen, dass viele trotz dieser Versicherungsleistungen zugleich auf Zahlungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. der Sozialhilfe angewiesen sind. So haben im Jahr 2018 im Durchschnitt zumindest 42.000 Personen zusätzlich zu einer AMS-Leistung auch eine Mindestsicherung bezogen.

## Quellen

Pratscher, Kurt (2019) Mindestsicherungsstatistik 2018 (Statistik Austria, Wien,

[http://statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=118665](http://statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=118665)).

Statistik Austria, Arbeitslosenleistungen

[http://statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen\\_auf\\_bundesebene/arbeitslosenleistungen/020063.html](http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen_auf_bundesebene/arbeitslosenleistungen/020063.html)

Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2018

[http://statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=043531](http://statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=043531)

**Karin Heitzmann** ist ao. Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik und Leiterin des Forschungsinstituts Economics of Inequality ([www.wu.ac.at/INEQ](http://www.wu.ac.at/INEQ)).

Sie studierte an der WU Wien, der University of Nebraska at Omaha, USA, der University of Bath, England, und dem St. Patricks College in Maynooth, Irland. Nach Abschluss des Doktorats an der WU war sie ein Jahr als Konsultantin der Weltbank (Social Protection Department) in Washington, D.C., USA. Sie habilitierte sich an der WU (Venia: Sozioökonomie).

Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre: Armutsforschung; Träger der Armutsbekämpfung, Überschuldung, Frauenarmut; Wohlfahrtsstaatsforschung: Österreichische Sozialpolitik; Social Investment, Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik; Ungleichheitsforschung: Armut und Reichtum in der EU/OECD“

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Manfred Krenn

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43-1-31336 5604 | M: +43-677-620 44 3

E: [krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>